

Freiburg: Wahlrecht für alle

Mehr als 14.000 Freiburgerinnen und Freiburger haben das 18. Lebensjahr vollendet und leben seit langer Zeit in der südbadischen Stadt. Trotzdem dürfen sie sich nicht an Wahlen beteiligen. Die Initiative „Freiburger Wahlkreis 100%“ sieht in diesem Zustand ein Demokratiedefizit und fordert deshalb das gleichberechtigte Wahlrecht von Migrantinnen und Migranten. 2002 hatte der Verein anlässlich der damaligen Bundestagswahl einen Wahlkreis mit zehn Wahllokalen in Freiburg eröffnet, in denen Nicht-Wahlberechtigte am Wahlsonntag symbolisch ihre Stimme abgeben konnten. Am 7. Juni 2009 haben in Freiburg lebende Migrantinnen und Migranten die Gelegenheit, an der Wahl zum Gemeinderat symbolisch teilzunehmen und mit einer Stimmabgabe ihr Votum für die gleichberechtigte Teilhabe aller hier lebenden Menschen zum Ausdruck zu bringen. An diesem Tag finden in Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland (teilweise auch in Sachsen und Sachsen-Anhalt) Kommunalwahlen statt; zudem wird in Deutschland sowie in 16 weiteren EU-Staaten das Europaparlament gewählt. Zur Wahl stehen dieselben Wahllisten und Kandidaten wie in den „offiziellen“ Wahllokalen. Auch

wahlberechtigte EU-Bürger und deutsche Staatsangehörige sind aufgefordert, sich an den Wahlen vom „Freiburger Wahlkreis 100%“ zu beteiligen und die Kampagne zu unterstützen. Das Wahlergebnis wird – wie üblich – am Wahlabend um 18 Uhr bekannt gegeben. Danach erhalten die Gemeinderäte, die aus der Wahl des „Freiburger Wahlkreises 100%“ erfolgreich hervorgegangen sind, die Stimmzettel mit der Aufforderung, die Perspektive der Freiburgerinnen und Freiburger mit ausländischer Staatsangehörigkeit in ihrer politischen Arbeit zu berücksichtigen.

Prominente Unterstützung erhielt die Initiative vom Carter Center, einer Nonprofit-Organisation, die der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter zusammen mit seiner Ehefrau Rosalyn Carter 1982 gegründet hat. „Wir wünschen dem Freiburger Wahlkreis 100% viel Erfolg bei seinen Bemühungen für ein mehr Menschen einschließendes Wahlrecht in Deutschland“, schrieb David Carroll, Direktor des Democracy Program der Stiftung, im August 2008 an die Initiatoren. Nach Ansicht der Bürgerinitiative ist Integration vor allem in den Städten und Gemeinden persönlich erfahrbar. Deshalb soll

der Versuch, das Wahlrecht für Migrantinnen und Migranten einzuführen, dort gestartet werden, wo Demokratie direkt gelebt wird – in den Kommunen. Ein wichtiger Schritt auf diesem Weg war 1992 die Unterzeichnung des Maastricht-Vertrags, mit dem das aktive und passive Wahlrecht für EU-Staatsangehörige eingeführt wurde. Heute gibt es in 17 von 27 EU-Staaten unterschiedlich ausgestaltete Regelungen, auf deren Basis auch Drittstaatenangehörige wählen können. Um in Deutschland das bestehende Wahlrecht zu ändern, bedarf es einer Zweidrittelmehrheit im Bundestag. Verschiedene Vorstöße von Migrantinnenorganisationen, Ausländerbeiräten, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Kirchen sind bis jetzt am Widerstand der Unionsparteien bzw. der derzeitigen „Großen Koalition“ gescheitert. Aber auch hier gibt es Bewegung, wie das Votum der Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth (CDU) für ein kommunales Wahlrecht für Drittstaatenangehörige im Februar 2007 gezeigt hat. Am 7. Juni können alle Freiburgerinnen und Freiburger einen Beitrag dazu leisten, dass die Kampagnen für ein Wahlrecht für alle weiter vorangebracht werden. Weitere Informationen gibt es im Internet unter www.wahlkreis100.de. (ch)



Foto: Wahlkreis 100%